

+

## Landesarbeitsgemeinschaft der Pflegeorganisationen



Pflegerat NRW  
c/o St. Christophorus-Pflege GmbH, Am See 1, 59368 Werne

Herrn Minister Manfred Lucha  
Minister für Soziales, Gesundheit und Integration  
Baden-Württemberg  
Else-Josenhans-Straße 6  
70173 Stuttgart

**Ludger Risse**  
Vorsitzender

c/o St. Christophorus-Pflege GmbH  
Am See 1, 59368 Werne  
E-Mail: vorsitzender@pflegerat-nrw.de  
Telefon: 0177 3724 308

Werne, 12.06.2024

### Offener Brief an Minister Manfred Lucha

#### Verfahren zur Errichtung einer Pflegekammer in Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Minister Lucha!

Nachdem Ihr Ministerium die Auswertung der Befragung zur Pflegekammer seitens des Gründungsausschusses überprüft hat, sind Sie den Pressemitteilungen zufolge zu dem Ergebnis gekommen, dass das Quorum von 60% nicht erreicht wurde.

In NRW, wie wohl in allen Bundesländern, wurde von der Pflege das gesamte Verfahren in Ihrem Bundesland seitens der Profession Pflegenden beobachtend begleitet. Viele öffentlich publizierte Aspekte des gewählten Vorgehens sind aus unserer Sicht intransparent und nicht nachzuvollziehen.

Daher bitten wir nun darum, unsere folgenden Fragen zu beantworten. Sowohl der Ihrerseits gewählte Modus Operandi als auch die finale Entscheidung Baden-Württembergs haben einen deutlichen Einfluss auf die Entwicklungen der Pflegekammern bundesweit, was die deutliche Interessenlage unsererseits sowie unser vorliegendes Anliegen begründet.

**Zunächst gestatten Sie uns bitte eine grundsätzliche Frage:**

***War es Ihr manifestiertes Interesse, eine Pflegekammer zu gründen? Viele Kolleginnen und Kollegen haben den Eindruck, dass es eher die politische Intension war sich über das festgelegte Verfahren die Legitimation zur Verhinderung zu erzielen?***

Das entsprechende Gesetz schien von vornherein eher dazu geeignet eine Pflegekammer zu verhindern, als denn diese zu fördern. Dieser Eindruck entsteht insbesondere dadurch, dass ein willkürliches Quorum von 60 % festgelegt wurde. Politische Entscheidungen werden mit Mehrheiten von über 50% getroffen. Diese Mehrheit ist bei der Befragung offensichtlich deutlich erreicht worden.

## Unsere weiteren Fragen:

1. *War es Ihnen bewusst, dass die Rahmenbedingungen zur Befragung völlig ungeeignet waren, um ein wirklich klares Ergebnis zu erzielen?*
2. 18 Monate Zeit, um eine Datenbank aufzubauen und über 110.000 Kolleginnen und Kollegen zu erreichen und zu informieren ist schlichtweg unmöglich. Das bestätigen auch die Erfahrungen aus NRW. Zudem musste diese Aufbauarbeit dominant in Ehrenamt geschehen, ohne suffizienten wirtschaftlichen Support und einhergehend mit fehlender Infrastruktur.  
*Warum wurde also hier nicht wenigstens ein realistisches Zeitfenster eingeräumt, um echte Ergebnisse erzielen zu können?*
3. Insgesamt 3,9 Millionen Euro standen für den Aufbau der Infrastruktur (IT etc.) für die Informationsarbeit und Aufklärung zur Verfügung. Das sind etwa 35,50 € pro Pflegefachperson. *War Ihnen bewusst, dass diese Mittel völlig unzureichend waren?* Ein Blick in die Wirtschaftsplanung des Errichtungsausschusses der Pflegekammer in NRW hätte schnell verdeutlicht, welche Mittel tatsächlich erforderlich gewesen wären. Zudem haben wir beobachtet, dass die Arbeit der Gründungskommission durch starke Verzögerungen bei der Auszahlung der Mittel stark behindert wurde.
4. Soweit uns bekannt ist, liegen die Differenzen in der Auszählung der Stimmen darin, dass der Gründungsausschuss ungültige Stimmen nicht mitbewertet hat. Wie bei allen öffentlichen Wahlen wurden diese somit auch in der Grundgesamtheit nicht gezählt. Nach unserer Information gibt es hier bei der Prüfung im Ministerium aber eine andere Zählweise. Bei einem knappen Ergebnis hat dieses offensichtlich eine entscheidende Auswirkung. Bis zum heutigen Tag sind uns keine genauen Daten bekannt. *Daher fordern wir Sie explizit auf, alle Daten sowohl aus der Auswertung des Gründungsausschusses als auch aus der Prüfung des Ministeriums in Gänze transparent zu veröffentlichen.*
5. Bereits Anfang März haben Sie öffentlich das voraussichtliche Nicht-Erreichen der 60-Prozent-Hürde bekannt gegeben. Das war also bereits drei Monate vor Abschluss der Prüfungen. Erklären Sie uns bitte den Grund für diese Äußerung! Derzeit besteht bei vielen Pflegenden der Eindruck, dass ebendiese ministerial initiierte Prüfung angesichts des „knappen“ Ergebnisses von Beginn an so angelegt war, Ihre getätigte Aussage zu bestätigen.

Auch aus dem Grund ist eine Veröffentlichung dringend geboten!

**Sehr geehrter Herr Minister Lucha, wir stehen in der gesamten Bundesrepublik gemeinsam, vor der riesigen gesellschaftlichen Aufgabe die Versorgung pflegebedürftiger Menschen sicherzustellen!**

Die qualitative Erfüllung dieser Anforderung innerhalb eines jeden Bundeslandes Deutschlands stellt einen zentralen Auftrag der dort verorteten Pflegekammern als immanenter Bestandteil des Gesundheitswesens dar. Unumstritten ist, dass eine adäquate Versorgung nur gemeinsam mit der Profession Pflege gewährleistet werden kann.

Als größte Berufsgruppe des deutschen Gesundheitswesens ist es an der Zeit, dass Pflegenden sowohl auf Landes- sowie auf Bundesebene das Recht auf Mitgestaltung und Selbstverwaltung zuteilwird.

Aus diesem Fokus betrachtet der Pflegerat NRW die Entwicklung in Baden-Württemberg mit großer Sorge. Hier haben Sie Verantwortung über das eigene Bundesland hinaus.

Daher unsere abschließenden Fragen:

*Angenommen es wird definitiv keine Pflegekammer bei Ihnen geben, wie sichern Sie die konstruktive Beteiligung von Pflegenden hinsichtlich deren beruflicher Belange?*

- *Wie sichern Sie die Qualität der pflegerischen Versorgung?*
- *Inwieweit gedenken Sie mit Ihrer Entscheidung einen positiven Beitrag entgegen den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes getätigt zu haben, welche davon ausgehen, dass bis zum Jahr 2049 voraussichtlich zwischen 280.000 bis 690.000 Pflegenden fehlen werden? Gehen Sie davon aus, dass Fremdbestimmung intrinsische Motivation der Pflegenden forciert?*
- *Wie begründen Sie Ihre Entscheidung für die Fremdbestimmung einer dominant repräsentierten Berufsgruppe, die trotz insuffizienter Rahmenbedingungen bemüht ist, die gesellschaftliche Gesundheitsversorgung aufrechtzuerhalten?*

Voller Sorge schauen wir in Ihr Bundesland. Wir würden uns daher über eine offene Beantwortung der Fragen sehr freuen. Denn letztlich geht es darum, Ihrem politischen Auftrag gerecht zu werden, indem Sie das Ihnen entgegengebrachte gesellschaftliche Vertrauen fördern.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Pflegerat Nordrhein-Westfalen



Ludger Risse

Vorsitzender